



LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/5819
VORLAGE

Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Postfach 32 20 | 55022 Mainz

Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheit
Herrn Josef Winkler, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

DER MINISTER

Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-29 57
clemens.hoch@mwg.rlp.de
www.mwg.rlp.de

08.05.2024

Mein Aktenzeichen
Ref. PUK
Bitte immer angeben!

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail
Lucas Muth
lucas.muth@mwg.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16-2871
06131 16-2997

27. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit am 10.04.2024

TOP 1: „Aktueller Sachstand zum Themenbereich Endometriose in Rheinland-Pfalz“

**Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP nach
§ 76 Abs. 2 GOLT
V 18/5493**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

wie in der o. g. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit zugesagt, übermittele ich Ihnen als Anlage den Sprechvermerk.

Mit freundlichen Grüßen

Clemens Hoch



Ausschuss für Gesundheit am 10.04.2024

Vorlage 18/5493; Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP nach § 76 Abs. 2 GOLT

Betreff: Aktueller Sachstand zum Themenbereich Endometriose in Rheinland-Pfalz

SPRECHVERMERK

Im aktuellen Bericht des Robert Koch-Instituts zur Gesundheit der Frauen in Deutschland wurde die Endometriose als eine von drei gynäkologischen Erkrankungen mit hoher Prävalenz ausgewählt. Es wird geschätzt, dass 10-15 % aller Frauen im gebärfähigen Alter von Endometriose betroffen sind. Für das Jahr 2017 wurden in der bundesweiten amtlichen Krankenhausdiagnosestatistik 67 Endometriosefälle pro 100.000 Einwohnerinnen ausgewiesen. Dies entspricht auch den Zahlen für Rheinland-Pfalz, wo im Jahr 2017 ebenfalls 67 Fälle pro 100.000 Einwohnerinnen vorlagen. Die aktuellsten Zahlen des statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz zeigen 74 Fälle pro 100.000 Einwohnerinnen für das Jahr 2022. Dies sind wohlgerne Zahlen, die der amtlichen Krankenhausdiagnosestatistik entnommen sind und orientierend die Fälle abbilden, die in dem jeweiligen Jahr stationär behandelt wurden.

Bei der Endometriose befindet sich versprengtes Gebärmutter-schleimhautgewebe außerhalb der Gebärmutter. Dieses unterliegt, wie es Gebärmutter-schleimhaut typischerweise tut, dem weiblichen Zyklus. Somit können insbesondere zum Zeitpunkt der Periode Raumforderungen und Blutungen entstehen, die wiederum zu Entzündungen und Verwachsungen führen können. Dies äußert sich insbesondere in Unterbauchschmerzen, die über das Maß eines „normalen“ Menstruationsschmerzes hinausgehen. Eine ärztliche Abklärung übermäßig starker Menstruationsschmerzen ist somit essentiell, um eine frühe Diagnosestellung herbeizuführen. Verzögerungen in der Diagnosestellung um mehrere Jahre, möglicherweise auch durch eine Bagatellisierung der Beschwerden, führen nicht nur zu einem chronischen Leidensweg sondern können auch zu einem unerfüllten Kinderwunsch beitragen.

Die ärztliche Diagnostik und Therapie in Deutschland und auch in Rheinland-Pfalz liegt auf einem hohen Niveau. Es liegt eine hochwertige S2k-Leitlinie zur Diagnostik und Therapie der Endometriose vor. Die Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe hat zusätzlich im Jahr 2023 ein Papier herausgegeben, welches zur weiteren Verbesserung der Versorgung beitragen kann. Dieses empfiehlt unter anderem eine Weiterleitung der Verdachtsfälle an zertifizierte Zentren bzw. Frauenkliniken mit dem Schwerpunkt Endometriose. Rheinland-Pfalz verfügt über zwei



zertifizierte Endometriosezentren, nämlich an der Universitätsmedizin Mainz und am Westpfalz-Klinikum in Kirchheimbolanden. Hier ist auch eine interdisziplinäre Versorgung unter Einbeziehung weiterer mitbehandelnder Fachrichtungen möglich. Ebenfalls finden an beiden zertifizierten Zentren regelmäßige Fortbildungen für Ärztinnen und Ärzte und Veranstaltungen für Patientinnen und Patienten statt.

Auch seitens der Forschung wird die Endometriose zunehmend berücksichtigt. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung stellt seit dem Jahr 2023 jährlich 5 Mio. Euro zur Verfügung. Dies ist im Vergleich zu den Summen von 500.000 Euro in den Jahren davor ein deutlicher Fortschritt. Im Jahr 2023 wurde durch das BMBF ein Förderaufruf zu Pathomechanismen, begünstigenden Faktoren, Prävention, Ansatzpunkten zur Beschleunigung der Diagnose und zur Verbesserung therapeutischer Verfahren bekanntgegeben. Auch die Klinik für Geburtshilfe und Frauengesundheit der Universitätsmedizin Mainz besitzt eine wissenschaftliche Arbeitsgruppe zum Thema Endometriose.

Wir können also festhalten, dass die medizinische Versorgung auf einem hohen Niveau liegt und auch die Forschung mit deutlich höheren Beiträgen als in den Jahren zuvor gefördert wird. Dennoch wird im politischen Kontext immer wieder die Forderung nach einer „Nationalen Strategie Endometriose“ gestellt. Diese Forderung wird auch durch die Lobbyarbeit der Endometriose-Vereinigung Deutschland e.V., einer Vereinigung von über 3000 Betroffenen, unterstützt. Eine „Nationale Strategie Endometriose“ gibt es bisher nur in Australien und Frankreich.

Im September 2023 hat der Bundestag zu zwei Oppositionsvorlagen zur Erkrankung Endometriose beraten, da der Gesundheitsausschuss eine Beschlussempfehlung vorgelegt hatte. Im Rahmen dieser Beschlussempfehlung wurde auch auf eine „Nationale Strategie Endometriose“ eingegangen. Die Beschlussempfehlung und somit auch die "Nationale Strategie Endometriose" wurden vom Bundestag abgelehnt. Zuvor hatten auch die mitberatenden Ausschüsse, darunter auch der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, ebenfalls empfohlen, die zugrundeliegenden Anträge der Fraktionen abzulehnen.

Ein besonders wichtiger Punkt im Kontext dieser Erkrankung sind die 4-10 Jahre, die bis zur Diagnosestellung vergehen könnten. Die „Zi-Studie“ des Zentralinstituts für kassenärztliche Versorgung zeigte eine relative Zunahme der Diagnosehäufigkeit um 65% in den letzten 10 Jahren. Dieser Trend kann auch auf eine verbesserte Aufklärung zurückgeführt werden. Auch das im RKI-Bericht zur Frauengesundheit gezeigte erhöhte Risiko von Endometriose bei Frauen mit höherem sozioökonomischen Status, kann auf Aufklärung und die frühere Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe bei Beschwerden



zurückgeführt werden. Möglicherweise könnte also eine Aufklärungskampagne dazu beitragen, dass frühere Vorstellungen bei der Gynäkologin / dem Gynäkologen die Diagnosestellung zunehmend früher einleiten.

Auch im Lehrplan der weiterführenden Schulen ist eine Auseinandersetzung mit dem Menstruationszyklus vorgesehen. Zu den Inhalten gehört auch der Hinweis, dass bei anhaltenden Menstruationsbeschwerden die Gynäkologin bzw. der Gynäkologe aufgesucht werden sollte. Darüber hinaus gehende Informationen, spezifisch zur Endometriose, erfolgen derzeit nicht und sind gegen das Risiko einer möglichen Verunsicherung der Mehrheit gesunder Mädchen und Frauen abzuwiegen. Spezifische Informationen zum Thema Endometriose stellt die Landeszentrale für gesundheitliche Aufklärung in Rheinland-Pfalz in Form von Aufklärungstexten oder als Podcast bereit.

Sie sehen also, dass auch in Rheinland-Pfalz das Thema Endometriose seine gebührende Aufmerksamkeit erfährt. Gerne sind wir auch bereit, im Rahmen der Gründung von Selbsthilfegruppen für Endometriose-Betroffene Förderungsanträge entgegenzunehmen. Insgesamt bin ich froh über die positive Entwicklung der Diagnosehäufigkeit und ich bin stolz auf unsere zertifizierten Endometriosezentren und ihre Aktivitäten in den Bereichen Versorgung, Forschung und Fortbildung.